

Große Einsparpotenziale

Energiewende in der Immobilienwirtschaft: Gebäude sind mit 40 Prozent größter Energieverbraucher

Mühdorf – Was die Immobilienwirtschaft zur Energiewende beitragen kann, haben Experten beim Fachsymposium der Wirtschaftsjunioren Mühdorf und Altötting sowie des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen BFW im Wasserschlössl in Mühdorf dargestellt.

Sowohl technisch als auch im Bereich der Verbraucherinformation gebe es zahlreiche Möglichkeiten, Energie einzusparen erläuterten Physiker Sven Petersen von der Uponor Academy und Evelyn Cybok von der Brunata Wärmemesser GmbH, moderiert vom Vorsitzenden der Wirtschaftsjunioren Altötting Dr. Martin Huber. Über die Fördermöglichkeiten bei energetischer Sanierung sowie im Neubau sprach Martin Tengler von der „VR meine Raiffeisenbank“.

Energetische Sanierungen müssen kosteneffizient sein, damit sie auch umgesetzt werden, betonte BFW-Präsident für Bayern Andreas Eisele. Zudem sei Planungssicherheit für die Unternehmen der Immobilienwirtschaft ausschlaggebend.

Die derzeitige Hochwasserlage zeige einmal mehr: „Wir sind in einem Klimawandel“, betonte Umweltminister Dr. Marcel Huber. Während die Mitte Europas

im Wasser versinke, verglühe der Osten. Der unglaubliche CO₂-Ausstoß der Wohlstands-Jahrzehnte habe eine spürbare und mit Zahlen der Rückversicherer belegbare Klimaveränderung bewirkt. „Dem müssen wir entgegen-treten“, betonte der Minister. Mittel seien Strom- und Wärme-Einsparung, Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien – zu vernünftigen Preisen und dort, wo der Strom auch verbraucht werde.

Da die meisten Maßnahmen zur Energieeinsparung in Gebäuden aber kostenintensiv seien, werde vieles erst umgesetzt, wenn die Gebäude in ihrer Substanz ohnehin sanierungsbedürftig sind. „Da werden wir Geduld brauchen“, zeigte er sich realistisch.

Energieeffizient in Neu- wie Altbau seien Flächenheizungen, erläuterte Sven Petersen von der Uponor Academy. Sie ändere zwar nichts am Energiebedarf des Gebäudes, regle aber die effiziente Wärmeverteilung und helfe so letztlich Wärmeenergie zu sparen. Zudem habe eine moderne Flächenheizung das gleiche Preisniveau wie eine Anlage mit Radiatoren. Kombiniert mit einer modernen Wärmepumpe liege das Einsparpotenzial bei 25 bis 30 Prozent. Wichtig sei



Beleuchten die Möglichkeiten zur Energieeinsparung in der Wohnungswirtschaft: BFW-Geschäftsführer Dr. Thomas Geppert, Physiker Sven Petersen, Martin Tengler, Sascha Schnürer, Dr. Martin Huber, Michael Mitterer von der „VR meine Raiffeisenbank“, Umweltminister Dr. Marcel Huber sowie BFW-Präsident Andreas Eisele und Evelyn Cybok.

FOTO NL

auch die richtige Einstellung einer Flächenheizung mittels hydraulischem Abgleich. „95 Prozent aller Anlagen laufen nicht energieeffizient“, sagt er, „jeder Raum muss genau mit der benötigten Wassermenge versorgt werden.“

Wie auch Mietern ihr Energieverbrauch bewusst gemacht werden kann, erläuterte Evelyn Cybok vom Wärmemessdienstleister Brunata. 40 Prozent des Energieverbrauches und 36 Prozent des CO₂-Ausstoßes finde in oder durch Gebäude statt, erläuterte sie. Neben der Modernisierung liege großes Po-

tenzial in der Transparenz ihres Nutzungsverhaltens gegenüber den Mietern. Das sogenannte Smart-Metering und Smart-Submetering ermögliche die unterjährige, bis zu monatliche, Kostenabrechnung mit detaillierter Verbrauchsinfo für die Mieter. „Die Einführung der verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung in den 80er Jahren hat eine Einsparung von 15 Prozent bewirkt“, sagte sie. Ein ähnliches Einsparpotenzial berge auch die unterjährige Verbrauchsinfo. Eigentümer werden bei

Maßnahmen zur energetischen Sanierung ihrer Altbauten, die vor 1995 erstellt wurden, durch die Kfz-Förderbank unterstützt, erläuterte Martin Tengler von der „VR meine Raiffeisenbank“. Zinsgünstige Darlehen gebe es zudem für die Erstellung oder den Ersterwerb energieeffizienter Wohngebäude. Wer auf Passivhaus-Standard baue, könne zudem einen Tilgungszuschuss von bis zu 10 Prozent in Anspruch nehmen.

Der Vorsitzende der Wirtschaftsjunioren Mühdorf,

Sascha Schnürer, forderte die Politik auf, der Forschung die richtigen Fragen zu stellen, Einsparpotenziale richtig zu beleuchten, dezentrale pfiffige Lösungen zu unterstützen und vor allem für Preistransparenz zu sorgen. Dann sei der Ausstieg aus der Atomenergie auch zu schaffen, so Schnürer. „Wer viel verbraucht, soll auch viel bezahlen“, forderte er, die geltenden Ausnahmen für Großverbraucher seien aus Sicht des Mittelstandes und der Verbraucher nicht zu verstehen.

nl